

Dresdner Neueste Nachrichten

Abonnementspreise: Die 26 mm breite Zeile kostet Goldmark 0,30, für Ausland Goldmark 0,35, für das Ausland Goldmark 0,50. Die Tageszeitung, 26 mm breit, kostet Goldmark 1,50, für Ausland Goldmark 2,00. — Die Druckgebühr für Buchstaben und Zahlen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Anabhängige Tageszeitung

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für die Zeit vom 1. bis 15. 2. 1,20 G. Markt bei freier Zustellung durch Zollen — monatlich 3,50 Goldmark, für die Adressen-Veränderung monatlich 1 Kr. 15. — Kreuzabhebungen: im Inlande wöchentlich 1 Goldmark, nach dem Ausland 1,25 Goldmark. Einzelnummer 15 G. Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 27 980, 27 981, 27 982 und 27 983. • Postfachkonto: Dresden Nr. 2060

Nr. 31

Mittwoch, 6. Februar 1924

XXXII. Jahrgang

Diplomatische Deutsche Offensive in Paris

Ein historisches Dokument Gegen die wirtschaftliche Westorientierung

Neues Licht auf die Entstehungsgeschichte des Friedensvertrags — General Malcolms Plan — Arnold Rehbbergs Versuch, ihn politisch auszunutzen

Das bekannte schwedische Blatt „Dagens Nyheter“ in Stockholm veröffentlicht in seiner heutigen Ausgabe ein historisches Dokument von außerordentlicher Bedeutung, das uns der Berliner Vertreter dieses Blattes, Herr v. Hülken, zur gleichzeitigen Veröffentlichung zur Verfügung gestellt hat. Wir drucken es im Anhang hieron in vollem Umfang ab und bitten unsere Leser, es zunächst einmal mit großer Genauigkeit bis zum Schluss zu lesen, um eine etwas überraschende Auffassung zu bringen, durchzuführen. Das Dokument lautet:

Wir, der General der Infanterie Bernhard von Oden, im Jahre 1919 Generalleutnant und Befehlshaber der in Berlin sowie dessen Umgegend stehenden Truppenteile, und der Rittermeister a. D. Arnold Rehbbergs, im gleichen Jahre dem Stabe des Generalstabes des Reiches als Stabschef der Generalstabes des Reiches, haben gegenseitig folgende Beschlüsse gefasst, deren Inhalt hierdurch veröffentlicht wird durch unser Offiziersamt besiegelt.

Wie im Jahre 1919 die Bedingungen des Friedensvertrages von Versailles formalisiert waren und öffentlich bekannt wurden, hat zwischen dem Oberen der englischen Mission in Berlin, dem General Malcolms, einerseits und den Unterzeichneten, von denen der Rittermeister Rehbbergs seitdem der Generalstabes des Reiches demobilisiert war, andererseits Verhandlungen gepflogen werden. Der General Malcolms, der keineswegs deutschfeindlich war, hatte trotzdem erkannt, daß die Zerstückelung der deutschen Armee das Gleichgewicht auf dem europäischen Kontinent befechtigen werde. Da aber auf dem militärischen Gleichgewicht zwischen den Großmächten Europas der Einfluß Englands in den Angelegenheiten des europäischen Kontinents seit Jahrzehnten beruht hat und da somit die Erhaltung des militärischen Gleichgewichts in Europa eine alte Tradition der englischen Staatskunst gewesen ist, beschloß der General Malcolms, daß die Befestigung der deutschen Armee zugleich den englischen Einfluß in Europa befestigen werde. Der General Malcolms war ferner der Ansicht, daß die weitere politische, militärische und wirtschaftliche Schwächung Deutschlands die Herrschaft des Bolschewismus in Deutschland in kürzerer oder längerer Zeit herbeiführen würde, und er sah in einer solchen Entwicklung eine Bedrohung auch Englands. Der General Malcolms hatte endlich Berichte des englischen Nachrichtenendienstes über die gegen England gerichteten Maßnahmen der Moskauer Sowjetregierung unter den Augen eingeschaut. Er war zu der Überzeugung gekommen, daß der Bolschewismus eine Gefahr sei, mit welcher die Regierungen aller europäischen Staaten zu rechnen hätten.

Setzt, daß sie im englischen Kabinett mit ganz geringer Stimmenmehrheit abgelehnt worden seien. Statt dessen wurde der Friedensvertrag von Versailles dem deutschen Volke aufgetragen.

Denn, nach mehr als drei Jahren, hat es sich gezeigt, daß die Wirkungen des Friedensvertrages von Versailles einen großen Teil der kontinentalen Märkte der englischen Produktion verschlossen haben mit der Wirkung, daß die englische Industrie gelähmt ist und Millionen englischer Arbeiter beschäftigungslos geworden sind. Es hat sich ferner erwiesen, daß England politischer Einfluß auf den europäischen Kontinent fast vollkommen geschwunden ist. Endlich hat die Moskauer Sowjetregierung seitdem die Völker des Ostens zur Erhebung gegen England aufgewiegelt. Darüber hinaus bedrohen die Wirkungen des Friedensvertrages von Versailles das ganze Europa mit einer Katastrophe ohnegleichen.

Mit allen diesen Gründen haben wir, die Unterzeichneten, und veranlaßt gesehen, die nur aus beiden noch in allen Einzelheiten bekannten Beschlüsse aus der Zeit vor der Formulierung des Friedensvertrages von Versailles zur Feststellung der tatsächlichen Wahrheit in diesem Protokoll festzulegen.

Berlin, den 15. August 1922.

(ges.) B. v. Oden (ges.) Arnold Rehbbergs
General der Inf. a. D. Rittermeister a. D.

„Der Arnold Rehbbergs“ — schreibt der Berliner Vertreter von „Dagens Nyheter“ weiter — „als er Herrn v. Hülken das Dokument überreichte, fügte, daß über die damaligen Verhandlungen nicht nur Rehbbergs und Erzberger, sondern auch der jetzige Außenminister Dr. Stresemann unterrichtet war und daß von jener Zeit die englische Orientierung der Stresemannschen Politik datiere. Herr Rehbbergs behauptete, daß Dr. Stresemann allen Warnungen zum Trotz an dieser englisch orientierten Politik auch festgehalten habe, nachdem diese Verhandlungen geschleiert, Deutschlands Entlohnung vollzogen und damit die politische Partei auf das Gebiet notwendiger Verständigung mit Frankreich, ohne Rücksicht auf das sich selbst zu demütig verurteilende England, geschoben worden sei. Dieser Verhandlung mit Frankreich hätten die von der offiziellen Presse so heftig kritisierten Besprechungen Rehbbergs in Paris den Weg ebnet. Leider habe Herr Stresemann diese günstige Gelegenheit, mit Frankreich ins Gespräch zu kommen, veräußert, was sich in nicht ferner Zeit bitter zeigen werde.“

Soweit der Bericht im „Dagens Nyheter“. Er enthält zweifellos einen äußerst interessanten und bedeutenden Beitrag zur europäischen Geschichte, vor allem zur Geschichte der Entstehung des Friedensvertrages. General Malcolms hatte mit großer Sicherheit erkannt, daß eine Zerstückelung der deutschen Armee das Gleichgewicht auf dem europäischen Kontinent befechtigen werde. Man hat in London nicht auf ihn gehört, und die Folgen zeigen sich heute in der erzwungenen politischen Passivität Englands angesichts des französischen Vorgehens auf dem Festlande und der auf der Vernichtung der deutschen Rauffahrt beruhenden wachsenden Arbeitslosigkeit in Großbritannien.

Etwas anders ist es, ob der Plan Malcolms und seiner deutschen Freunde, die weithin in sehr weit reichende Kreise zu finden sind, angesichts der im Jahre 1919 bestehenden Verhältnisse in Deutschland und dem übrigen Europa, angesichts vor allem der damals in Frankreich vorherrschenden Volkstimmung überhaupt hätte verwirklicht werden können. Sicher ist, daß der Plan gewisse phantastische Elemente enthält. Sie zeigen, daß er wesentlich in mehr militärisch als politisch denkenden Köpfen entstanden ist, das heißt in jenen Kreisen, wo gleichzeitig und auch noch später jene Pläne zur Niederschlagung Russlands entstanden, wie A. B. Ludendorff einen solchen, der seinerzeit auch an dieser Stelle veröffentlicht wurde, ausgearbeitet hat.

Noch bedenklicher aber wird man, wenn man sieht, daß auch gewisse Interessenten, deren Ziele ganz andere waren, dabei die Hände im Spiele hatten. So stellt man mit Entsetzen fest, daß in dem Plane Malcolms bereits das bekannte Rehbbergsche Projekt einer Aktienbeteiligung französischer und englischer Kapitalisten an der deutschen Industrie mit enthalten war, und diese Entscheidung macht mit Rücksicht auf dieses Mißtrauen findet sich bestätigt, wenn man am Schluß der Veröffentlichung die Worte liest, die Herr Rehbbergs Herr v. Hülken für sein Blatt in die Feder diktiert hat.

Es geben eine Antwort auch auf die Frage, warum die Veröffentlichung dieses Dokumentes erst heute, warum sie gerade jetzt erfolgt, Rehbbergs macht dann

Die zollpolitische Abschürung der besetzten Gebiete — Deutscher Protest in Paris

WTB. Berlin, 4. Februar. Bei den Verhandlungen zwischen Deutschland und den Besatzungsmächten über die

Verkettung eines modus vivendi in den besetzten Gebieten

war von deutscher Seite u. a. beantragt worden, daß die Zollgrenze zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet sowie die Erhebung eines Zolles von 25 v. H. des deutschen Zolltarifs auf die Güter, die aus dem unbesetzten Gebiet in das besetzte Gebiet kommen, aufgehoben werden. Wäher Erwartung hat aber die Rheinlandkommission vor kurzem die bisherige Zolllinie von 25 v. H. auf die vollen 100 Prozent des deutschen Zolltarifs erhöht. Dadurch ist das besetzte Gebiet in wirtschaftspolitischer Beziehung gegenüber dem übrigen Deutschland vollständig zum Auslande gemacht worden. Die Besatzungsbehörden verschärfen diesen Zustand durch die Verhängung der Warenzölle in das besetzte Gebiet von Frankreich und Belgien her, indem sie den Einfuhrzoll für Spirituosen, Alkohole, Tabak, Kaffeebohnen, während die Zölle für wichtige Rohstoffe und Halbfabrikate für die weiterverarbeitende Industrie des besetzten Gebietes erhöht werden. Die Köhler, die besetzten Gebiete wirtschaftlich nach Frankreich und Belgien hin zu orientieren, tritt auch in der Handhabung der Einfuhrbewilligungen der Besatzungsmächte zutage. Hierdurch werden die deutschen Eisenbahnen und Straßen sowie auch die deutschen Zolltarife, die im Dezember nur die Hälfte der Novembertarife erreichten, fast benachteiligt. Die Schäden für die deutsche Wirtschaft und die deutschen Finanzen sind unsehbar. Die bisher erfolglosen Versuche der deutschen Regierung zur Stabilisierung des Budgets werden in Frage gestellt, wenn dieser Zustand länger andauern sollte. Die Reichsregierung hat daher vor einigen Tagen in einer Note an die belgische und französische Regierung gegen diese Maßnahmen Einspruch erhoben und ihre unabdingbare Aufhebung beantragt.

Gegen die Bedrückung der Pfalz

Scharfe deutsche Protestnote
WTB. Berlin, 4. Februar. Der französischen Regierung ist durch die deutsche Botschaft in Paris wegen der Zustände in der Pfalz in Ergänzung früherer Widersprüche eine

Note

übergeben worden, in der es u. a. heißt: Die Reichsregierung befindet sich heute im Besitze unabweisbarer Beweise, daß es den separatistischen Banden, obwohl sie schwer demotiviert einer mehrfachen Besetzung gegenüberstehen, niemals gelungen sei, in der Pfalz die Oberhand zu gewinnen, wenn sie nicht von vornherein von den französischen Besatzungsbehörden bei ihren hochverrätherischen Unternehmungen Unterstützung worden wäre. Jeder ernsthafte Widerstand der Bevölkerung gegen die Eingriffe sei angesichts der von dieser getroffenen Maßnahmen völlig aussichtslos. Ferner seien die Verträge zwischen den deutschen Beamten zu zwingen, unter Bruch ihrer Amtspflicht gegen die legitime Regierung unter Leitung der Separat-

listen den Tiers fortzusetzen. Die deutsche Regierung sehe sich angesichts dieser Zustände, die durch keine Abkündigung aus der Welt geschafft werden könnten, zur Feststellung genötigt, daß die französischen Behörden Zustände herbeiführen hätten, die eine schwere Verletzung der Souveränität des Reiches

und Bayerns in sich schließen und zur Verengung einer Bevölkerung von 700 000 Menschen geführt hätten. Die französische Regierung werde ersucht, den Vertrags- und geschäftlichen Zustand in der Pfalz wiederherzustellen und zu diesem Zwecke ihre Organe anzuweisen, 1. die bewaffneten Separatisten zu entwaffnen, ihre Entsorgung und den besetzten öffentlichen Gebäuden zu ermöglichen und die unangehörigen Wiederherstellung der Tätigkeit der deutschen Behörden wieder anzulassen, 2. der Rückkehr der Vertriebenen keine Hindernisse in den Weg zu legen, 3. sich in Zukunft jeder Einmischung in innerpolitische deutsche Verhältnisse, insbesondere jeder Unterbrechung anführerischer Elemente in den besetzten Gebieten zu enthalten.

Lord Crewe in London

London, 4. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der englische Botschafter in Paris, Lord Crewe, traf gestern unerwartet in London ein. Dem „Standard“ zufolge überbringt der Botschafter neue Vorschläge von größter Bedeutung. Nach anderen Informationen des gleichen Blattes verhandelt der britische Minister über die Frage der Einberufung einer internationalen Konferenz.

Englisch-französische Ministerkonferenz?

London, 4. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der Mittelpunkt der Verhandlungen im getrennten Kabinett der Botschafter zwischen dem französischen Botschafter in Paris, Lord Curzon, und dem britischen Botschafter in Paris, Lord Curzon, ist die Frage der Einberufung einer internationalen Konferenz. Die Tatsache, daß die französische Presse beiderseitigen Ton des Schriftwechsels betont, wird von der Arbeiterregierung als anherzornend an Frankreich angesehen, und man sieht darin ein Anzeichen, daß jetzt der nächste Schritt zur Beseitigung der anglo-französischen Beziehungen ohne Verabredung unternommen werden kann. Bisher ist noch kein endgültiges Datum für eine Konferenz der beiden Ministerpräsidenten festgelegt, doch hält man es für wahrscheinlich, daß diese Maßnahme in etwa vierzehn Tagen zustande kommen wird. Lord Curzon, der britische Botschafter in Paris, der zur Zeit in London weilte, verhandelt gestern mit dem Ministerpräsidenten. Wenn Crewe nach Paris zurückkehrt, wird er in der Lage sein, Poincaré die ihm erteilten Versicherungen zu geben. Da die britische Presse fast allgemein die Anerkennung Sowjetrusslands durch die britische Regierung billigt, so hat die Regierung dadurch ihre Stellung wesentlich verbessert. Man glaubt nicht, daß eine Regelung der russischen Fragen erfolgen wird, ehe der neue britische Botschafter für Rußland, Lord Curzon, in Moskau eingetroffen ist. Die Abreise des neuen Botschafters wird innerhalb der nächsten Woche erfolgen.

Wieder ein Mord in Speyer

Speyer, 4. Februar. Gestern nachmittags 3 Uhr wurde in der Hauptstraße von Speyer der aus dem besetzten Gebiet abgewiesene Arbeiter Emil Derbert von den Separatisten ermordet, verfolgt und auf der Flucht erschossen.

Über die Ermordung Derberts wird weiter berichtet, daß er regelrecht ermordet worden sei. Derbert hatte in einer Wirtschaft abschlüssige Bemerkungen über die Separatisten gemacht und sollte abgeführt werden. Unterwegs veranlaßte er sich den Weg und eskoritierten Separatisten verlegten ihm den Weg und schossen ihn, anstatt ihn zu ergreifen, einfach nieder. Dem Verlangen nach gerichtlicher Feststellung widerstanden sie sich mit dem Bemerkung, daß der Fall den deutschen Behörden nicht an gehe.

Anarchie in Pirmasens

B. Berlin, 4. Februar. (Eig. Drahtbericht.) In Pirmasens herrscht, wie gemeldet, völlige Anarchie. Die Separatisten haben die öffentlichen Polizeibeamten verhaftet und schwer mißhandelt. Verdächtigtes Geschick, an 800 Mann, hat mit Unterstützung der französischen Regierung den Pfalz besetzt, wo mehrere Stadträte verhaftet worden sind. Das Geschick nimmt „Requisitionen“ in der Stadt vor. Bekanntlich handelt es sich hier um ein neues Mandat des Generals de Metz.

Nikstrett Venizelos

N. Athen, 5. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Frekennung ist Venizelos endgültig vom Amte des Ministerpräsidenten zurückgetreten.

...wiger...
...anove...
...adlung...
...ater...
...des...
...G...
...US...
...diele...
...ne...
...RIEB...
...Räume...
...L BAR...
...BURGER...
...alast...
...a. Ballf...
...e...
...2...
...te...
...e...
...nt